Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1922 Nr. 7 — Jahrgang 215

Bezugspreis: monatlich Mk. 12.— ohne Zustellgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe
Donnerstag, 5. Januar

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 1.20 M. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 5.00 M. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Eisenbahn und Einkommensteuer

Defizit trotz aller Tariferhöhungen

Von einer mit den Verhältnissen bei der Eisenbahn und den zurzeit schwebenden Plänen genau vertrauten Seite wird auf die bezeichnende Tatsache hingewiesen, daß die Eisenbahn in den zwei Jahren seit ihrer Uebernahme auf das Reich nahezu ihr gesamtes Buchkapital verwirtschaftet habe, und daß das nach Abrechnung der durch Nachtragsetat 1921 fälligen ersten Rate zur Abzahlung des mit den Ländern vereinbarten Kaufschillings verbleibende Defizit in Höhe von 18,7 Milliarden Mark die gesamte, für das gleiche Jahr veranschlagte Einkommensteuer von 12 Milliarden verschlinge. Diese Tatsache beleuchtet besser als alle die spaltenlangen Artikel in Presse und Literatur, wie sehr der Einzelne durch den unaufhaltsam scheinenden wirtschaftlichen Abstieg der Eisenbahn in Mitleidenschaft gezogen wird. Im Frieden ein achtunggebietendes Unternehmen von glänzender Rentabilität, unentbehrlich auch zur Füllung des allgemeinen Staatssäckels, ist die Eisenbahn binnen wenigen Jahren ein morsches und für den Wiederaufbau der deutschen Finanzwirtschaft gefährliches Gebilde geworden. Trotz aller Tariferhöhungen wird das Faß ohne Boden immer größer, und der Steuerzahler wird letzten Endes immer wieder gezwungen, für das neuentstandene Defizit seinen Kopf in den Sack zu stecken. Man sollte meinen, daß dieser Hinweis allein schon genügen müßte, um auch der großen Masse unseres Volkes zum Bewußtsein zu bringen, daß es höchste Zeit ist, mit energischen Maßnahmen vorzugehen und die Eisenbahn wieder auf eigene, von der Leistung der Steuerzahler unabhängige Füße zu stellen.

Auch die kommende Tariferhöhung im Februar wird die Lage nicht bessern. Sie wird wohl kaum dazu reichen, das neue große Loch, das durch den jüngsten wilden Streik und seine Folgen entstanden ist, zu stopfen. Welche unermeßlichen Werte an Gut und Arbeitskraft sind wieder durch diesen Streik, der von gewissenlosen Hetzern angerührt war, verlorengegangen. Soll es anders werden, so ist vor allen Dingen hier anzusetzen. Nicht Tariferhöhungen oder Sonstiges kann helfen, sondern einzig und allein Arbeit. Solange aber noch die radikalen Schreier das große Wort führen dürfen, solange die Betriebsräte ihre „segensreiche Arbeit" mit dem Munde leisten, wird es nicht anders. Hier gilt es erst einmal mit eisernem Besen zu kehren. Die Folgen werden überraschend sein.

Die Entente

w. **London**, 4. Januar.

In der „Daily Chronicle" erörtert ein sehr gut unterrichteter Politikus die Fragen der Aufrechterhaltung der englisch-französischen Entente und schreibt: **Die Tatsache, daß die alte französisch-englische Entente heute keine feste Grundlage habe, bedeute keineswegs, daß nicht morgen eine feste Grundlage gefunden werden könne.** Die augenblicklichen Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich beträfen **zwei fundamentale Fragen die Reparations- und die Rüstungsfragen. Die** russische und die türkische Frage seien im Vergleich dazu von untergeordneter Art. **Der Standpunkt Frankreichs sei, Deutschland müsse bezahlen und wenn es dabei zu Grunde gehe.** Der englische Standpunkt sei dagegen, die endgültige Regelung der Reparationsfrage auf praktischer Grundlage führe zum Wiederaufbau des europäischen Handels, was für den Bestand Englands wesentlich sei. Dafür werde England selbst bereit sein, seine Forderungen an Deutschland zu streichen. In der Rüstungsfrage seien die Franzosen der Ansicht, Europa werde stets der Schauplatz bleiben, wo unter dem System von Bündnissen und Rüstungen von Zeit zu Zeit Kriege geführt würden. Nur diejenigen Länder würden nach Ansicht der Franzosen bestehen bleiben, und ihre Macht erhalten, die auf ein wohlgerüstetes Heer vertrauten. England dagegen sei der Ansicht, es drehe sich nicht allein um keinerlei kriegerische Gewalt seitens Deutschlands im gegenwärtigen Augenblick, sondern es bestehe sogar die wirkliche Hoffnung, daß der Friede und die Sicherheit Europas **auf eine andere Grundlage gestellt werden könnten, als auf die militärische Vorherrschaft einer einzigen Macht oder auch ein allgemeines Wettrüsten.** Der „Politikus" ist der Ansicht, es **würde sich für England lohnen, Frankreich und Belgien ein Vorrecht an den Reparationen zu geben und die Neutralität der Rheinlande zu garantieren, wenn im** Austausch es möglich sein würde, eine dauernde Regelung sowohl in der Reparationsfrage als auch in der Abrüstungsfrage in Europa zustande zu bringen. **Dies sei die wirkliche Grundlage der Konferenz von Cannes.** Es sei zweifelhaft, ob die Konferenz von Cannes mehr als einen Anfang machen könne. Die Schwierigkeit liege nicht bei den politischen Führern, sondern bei der öffentlichen Meinung.

Der „Matin" schreibt: Die ursprünglichen Pläne Lloyd Georges erfuhren eine starke Einschränkung durch die Tatsache, daß Amerika von Anfang an keinerlei Neigung zeigte, an den Projekten zur Wiederaufrichtung Europas teilzunehmen. Das war einer der Hauptgründe, weshalb Lloyd George bei der Zusammenkunft mit Briand seinen Plan zur Neuregelung der Reparationsfrage zurückhielt; denn die darin enthaltenen Konzessionen Englands seien undurchführbar, solange nicht auch Amerika auf sein Guthaben gegenüber den Alliierten verzichtet. Aus diesem Grunde faßte man an Stelle eines Moratoriums für mehrere Jahre, das durch eine internationale Anleihe ermöglicht werden sollte, nur ein **Teilmoratorium für die Dauer eines Jahres ins Auge. Frankreich solle dafür als Kompensation 300 Millionen Goldmark erhalten,** und zwar in der Weise, daß ihm der für die Saargruben zur Last geschriebene Betrag annulliert werden solle. **Belgien** würde an Stelle der beträchtlichen Beträge, worauf es 1922 Anspruch gehabt hätte, **nur 250 Millionen erhalten** zu den ihm bereits von der ersten Milliarde zugeteilten 550 Millionen. Da Belgien aber bereits 15 Milliarden seinerseits seinen Geschädigten vorschoß, sei seine finanzielle Lage nicht minder prekär als die Frankreichs. Unter diesen Umständen würde es ebensosehr den Grundsätzen einer vernünftigen Politik wie den Empfindungen der öffentlichen Meinung in Frankreich widersprechen, Belgien irgendwelche Opfer aufzwingen zu wollen, wozu es nicht aus freien Stücken bereit sei.

Rathenau reist nicht nach Cannes?

Dr. Rathenau geht, wie das „B. T." meldet, nicht nach Cannes. Es ist aber wahrscheinlich, daß er noch einige Tage in Paris bleibt.

Im „Matin" glaubt Sauerwein mitteilen zu können, daß Dr. Rathenau nicht nach Cannes, sondern nach Menton gehen soll. Der Korrespondent der „Chicago Tribune" in Cannes teilt dagegen mit, daß Dr. Rathenau dort am Donnerstag erwartet wird. Er habe Zimmer im „Carlton-Hotel" bestellt, wo die Delegierten der Alliierten abgestiegen sind.

Um Frankreichs Rüstungen

w. **London**, 4. Januar.

Die im amerikanischen Repräsentantenhaus eingebrachte Entschließung des Republikaners Reavis besagt im einzelnen, die Washingtoner Konferenz habe gezeigt, daß gewisse Staaten, deren Gläubiger Amerika sei, große Summen Geldes für vermehrte Rüstungen zur See ausgäben. Reavis erklärte, die Vereinigten Staaten hätten volles Verständnis für die Not in Europa und wären bereit, die europäische Schuld zu fundieren, wenn die Notwendigkeit dafür sich klar ergäbe. Wenn sich Frankreich jedoch durch die Bitte der Menschheit um einen Weltfrieden nicht erweichen lasse, und beabsichtigt, seine Uboote in großem Maße zu vermehren, sei es **für die Amerikaner an der Zeit, sich zu sichern und die augenblickliche Lage klar zu erfassen. Frankreich habe ein Heer, das größer sei als das deutsche vor dem Kriege. Es lehne es aber nicht nur ab, sein Heer zu vermindern, sondern bestehe auf der vollkommenen Freiheit es noch zu vermehren.** Frankreichs Haltung in der Frage der Vergrößerung seiner Flotte bedeute die Ausgabe von Hunderten von Millionen Dollar. Sicher werde keine Nation, die sich in finanzieller Not befände, ein solches Rüstungsprogramm ins Auge fassen. Das amerikanische Volk müsse mit Recht darauf bestehen, daß das von Frankreich entworfene Programm mit französischen nicht amerikanischem Gelde bezahlt werde.

w. **Washington**, 4. Januar.

Gestern abend gab Sarraut im Verlaufe der Debatte über die Beschränkung des U-Bootkrieges folgende Erklärung ab: Frankreich nimmt ohne Vorbehalt nicht nur die Entschließung Root, sondern auch den Zusatzantrag Balfour an. Was die zweite Entschließung anlangt, so nehmen wir den Vorbehalt vollständig an. — Die Flottensachverständigen werden dieser Entscheidung endgültige Form geben, damit ihre Bedeutung durchaus klar ist.

Deutschland bezahlt alles

Frankfurt a. M., 4. Januar.

Der Kommandierende General in Trier hat angeordnet, daß in Trier von nun an während der ganzen Nacht die gesamte Straßenbeleuchtung, die bisher aus Ersparnisgründen von zwölf Uhr ab eingeschränkt, aber immerhin ausreichend war, zu brennen habe. Gegenvorstellungen der Stadt blieben ergebnislos.

Die Lage im Orient

Unser türkischer Mitarbeiter schreibt uns:

Eine ganze Reihe von Wochen hindurch scheint die Orientkrisis zu einem gewissen Stillstand gekommen zu sein. Die Türken wollten, bevor sie neue Unternehmungen beginnen, erst die Stellungnahme der „Entente" gegenüber den Friedensabsichten Griechenlands prüfen. Der griechische Ministerpräsident Gunaris hatte, um sein Land von der elenden Lage zu retten, in welche die letzte unsinnige konstantinistische Politik es gebracht hatte, seine letzte Hoffnung auf eine Europa-Reise gesetzt. Kurz vor seiner Abreise gab ihm die griechische Nationalversammlung — trotz einer oppositionellen Mehrheit — einstimmig ein Vertrauensvotum, um ihn bei seinem scheinbar nicht ganz aussichtslosen Versuch, einen guten Frieden herbeizuführen, nicht im Stiche zu lassen und das Land mit einer schweren Kabinetts-Krisis nicht in eine Katastrophe zu stürzen. Anzuerkennen ist freilich die damit erwiesene — wenn auch gezwungene — Einigkeit der griechischen Nationalversammlung, die dank der farbenreichen englischen Politik ihren Zweck nicht ganz verfehlt hat. Denn, wenn auch Gunaris immer noch in den Entente-Hauptstädten herumstreichen muß, so kann er sich wenigstens der neuesten Schärfen englisch-französischer Gegensätze und einer gewissen Wendung der Lage zu seinen Gunsten erfreuen. Als Griechenland im letzten Sommer den Friedensvermittlungsvorschlag der Entente ablehnte, schien als einzige Lösung der türkisch-griechischen Frage nur die Beendigung des angefangenen Krieges zu sein, bei einer strikten — allerdings nur offiziellen — Neutralität der Entente. Mit der großen Spaltung aber, die das türkisch-französische Abkommen in der Entente geschaffen hat und nachdem Englands Annäherung an Angora unmöglich erschien, wurde die englische Politik auf eine viel schärfere Unterstützung der griechischen Sache angewiesen. Diese kommt sehr klar zum Ausdruck in den Erklärungen Lloyd Georges, der die unverzügliche Berufung einer Orientkonferenz verlangte, bei welcher zunächst der türkisch-griechische Krieg besprochen werden solle. Gewiß bietet eine solche Konferenz Griechenland bessere Aussichten, als direkte Verhandlungen mit den Türken. Das ändert jedenfalls die Haltung der letzteren in keiner Weise, haben sie doch genug solche vielsprechende Konferenzen mitgemacht und davon leider nur trübe Erfahrungen mitgebracht. Die Türken haben solche halbe Lösungen satt und wollen etwas endgültiges haben, um endlich nach so vielen Jahren des Krieges und der Mißwirtschaft sich einer schaffenden friedlichen Arbeit zuwenden zu können. Ihre Haltung ist nicht zweideutig: sie wollen Frieden. aber einen langdauernden Frieden! Das nationalselbstbewußte türkische Volk, das dichtgeschlossen hinter seinen Angora-Vertretern steht und sein für längere Zeit leistungsfähiges Heer bilden an sich schon eine Warnung an die kommende Konferenz, die ihre Wirkung nicht verfehlen wird. Es liegt auf der Hand, daß die beiden Westmächte dabei ihre Kräfte voll entfalten werden. Es ist auch sehr gut möglich, daß aus der Konferenz nichts wird. In diesem Fall wird die Lage in Kleinasien von ihrer jetzigen scheinbar latenten Periode zu einer äußerst scharfen Aktivität übergehen. Der Leitspruch der Türken wird: „Jetzt oder nie!" lauten. Die Angora-Regierung sieht zu einer militärischen wie politischen Offensive bereit. Die letztere bezieht sich auf die Anerkennung der Angora-Regierung als die einzig geltende Vertretung der Türkei und auf eine positive türkische Herrschaft über Konstantinopel und die Meerengen, für welche fast alle anderen Staaten — mit Ausnahme Englands — zustimmen würden, weil eine türkische Herrschaft der Meerengen ihnen mehr zusagt als eine Neutralisierung, die nichts anderes bedeutet als eine englische Herrschaft.

Indessen entwickeln sich die Zustände in den Nachbarländern der Türkei in beachtenswerter Weise. Die sog „Kleine Entente" nimmt im Balkan immer mehr ein positives Bild an. Es ist gewiß, daß, wenn Griechenland und Bulgarien da hinzutreten, eine gewisse Garantie für den Frieden geschaffen würde, wenigstens solange, bis durch die Gegensätze, die alle diese Staaten miteinander haben, zwei Gruppen sich herausbilden und die stärkere zum Krieg treiben kann. Das wäre eine normale Entwicklung der Dinge. Aber das Werk der großen Alliierten ist in den Balkanländern ebenso wie irgendwo anders auf eine ungesunde Grundlage gebaut, und Ueberraschungen dürften uns da nicht entdecken.

Im Kaukasus scheint auch ein neuer Versuch zu einem föderativen Staatssystem viel Anklang zu finden. Davon hätten alle Kaukasus-Staaten (Georgien, Aserbeidschan, Armenien) viele wirtschaftliche Vorteile. Wenn ihnen das Rätesystem durch die russischen Sowjettruppen auferlegt worden ist, so hat wenigstens die letzte Kars-Konferenz, an welcher dieselben Staaten die Türkei und Rußland teilnahmen, einen endgültigen Frieden herzustellen, der sonst

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192201051-19/fragment/page=0001

mit einer Einmischung der Entente fast nie zustande gekommen wäre.

Persien und Afghanistan gehen auch rasch ihrer völligen Unabhängigkeit entgegen. Die mit England neulich abgeschlossenen Verträge werden keinen großen politischen Einfluß mehr ausüben. Die Verpflichtung der Afghanen, keine russischen Konsulate an der indisch-afghanischen Grenze zu dulden, ist in Wirklichkeit kein nennenswerter Erfolg Englands. Dagegen dürfen nämlich die Afghanen Kriegsmunition über Indien kommen lassen, was ihnen, bei ihren Bestrebungen sich militärisch zu organisieren, von größter Bedeutung ist, während Indien andererseits heutzutage soweit ist, daß es auch ohne russische Agitation seinen Kampf um die Freiheit fortsetzen kann.

Mesopotamien scheint auch der englischen Herrschaft preisgegeben zu sein. Da darf man sich nicht täuschen. Für Mesopotamien und alle anderen neuen arabischen Staaten ist für eine gewisse Zeit fremde organisatorische und finanzielle Unterstützung sehr willkommen. Sobald sie aber auf eigene Füße stehen werden, wird mit Englands bzw. Frankreichs räuberischer Freundschaft Schluß gemacht.

Unsere größte Beachtung verdient Aegyptens Kampf um die Freiheit! Nachdem die irischen Unruhen beseitigt und andererseits Amerikas Freundschaft sichergestellt worden sind, fand England ein radikales Vorgehen gegen die Aegypter am Platze. Das ist das letzte Mittel Englands um seine Interessen und Ansehen zu bewahren: ob es auch das richtigste ist, wird uns die Entwicklung der Ereignisse in den nächsten Jahren schon zeigen. Gerade die Unterdrückung der Völker klärt sie auf und rüstet sie aus. Napoleons Herrschaft ist auch in ähnlicher Weise zugrunde gegangen!

Selaheddin Assaff.

Kabinettsrat

Um das Steuerkompromiß.

Berlin, 4. Januar.

Heute vormittag um 10 Uhr hielt die Reichsregierung eine Kabinettssitzung ab, in der sie sich hauptsächlich mit der Reparationsfrage und mit dem Finanzproblem beschäftigte. Die Sitzung dauerte bis um ½12 Uhr.

Im Anschluß an die Sitzung des Reichskabinetts hat heute um die Mittagsstunde eine Besprechung des Reichskanzlers mit den Führern der Reichstagsfraktion des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten stattgefunden. Der Reichskanzler unterrichtete die Parteiführer über die aktuellen Fragen der auswärtigen Politik; in der Hauptsache aber galt die Besprechung einer Erörterung der Steuerreform, deren Erledigung unmittelbar nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages in Angriff genommen werden soll. Die Bemühungen sind darauf gerichtet, ein Kompromiß unter den drei Parteiführern betreffs des Steuerproblems zu erreichen.

Die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Beamten

Heute Donnerstag beginnen gemäß den Abmachungen vom 31. Dezember die Verhandlungen zwischen der Regierung, den Beamtenorganisationen und den Gewerkschaften. Unter Führung des Deutschen Beamtenbundes haben am Dienstag abend Besprechungen der Großorganisationen stattgefunden, um eine gemeinschaftliche Grundlage für die Besprechungen zu schaffen. Die Eisenbahnerorganisationen konnten jedoch nicht zu einem gemeinsamen Vorgehen zusammengeschlossen werden, da die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner ein eigenes Programm ausgearbeitet hat, das sie der Regierung überreichen wird. Die Verhandlungen werden voraussichtlich mehrere Tage in Anspruch nehmen, so daß ein Ergebnis erst in der nächsten Woche zu erwarten ist.

Der neunte allrussische Rätekongreß faßte folgenden Beschluß: Der allrussische Kongreß wird einmal jährlich einberufen, während der Hauptvollsitzungsausschuß drei Sitzungen jährlich abhält. Die Kongresse der Republiken, selbständigen Gebiete, Provinzen, Kreise und Gaue werden einmal jährlich abgehalten.

Zwei Gesetze zum Schutze der Republik

Eins genügt schon nicht mehr.

(Eigener Drahtbericht.)

TU. Berlin, 4. Januar.

Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, liegen gegenwärtig zwei Gesetzentwürfe vor, die den Schutz der Republik zum Gegenstand haben. Ein Entwurf wird gegenwärtig im Reichsministerium des Innern ausgearbeitet, er ist in Tendenz und Inhalt den bisherigen Notverordnungen entsprechend und hat verantwortliche Persönlichkeiten vor Angriffen oder Verächtlichmachung zu schützen. Ein zweiter Gesetzentwurf wird vom Reichsjustizministerium ausgearbeitet und ist im wesentlichen eine Angleichung des bestehenden Majestätsbeleidigungsparagraphen an die gegenwärtigen Verhältnisse.

Einberufung des Auswärtigen Ausschusses gewünscht

Berlin, 4. Januar.

Die Tatsache, daß bei der bevorstehenden Konferenz des Obersten Rates in Cannes Beschlüsse weitgehendster Tragweite für Deutschland gefaßt werden, läßt in parlamentarischen Kreisen dringend den Wunsch äußern, daß der Reichstag zu diesen Ergebnissen Stellung nehmen kann. Da der Wiederzusammentritt des Plenums aber erst für den 19. Januar beabsichtigt ist und an diesem Termin wohl auch festgehalten werden dürfte, so ist anzunehmen, daß kurz nach Abschluß der Verhandlungen in Cannes wenigstens der Auswärtige Ausschuß zusammengerufen wird, um über die außenpolitische Lage des Reiches von der Regierung Aufklärung zu verlangen und sich darüber auszusprechen. Soweit wir unterrichtet sind, haben verschiedene Parteien bereits dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, dem Abg. Stresemann gegenüber diesen Wunsch geäußert, dem nach Fühlungnahme mit der Regierung zweifellos auch nachgegeben werden dürfte. Ein bestimmter Tag für die Einberufung des Ausschusses ist naturgemäß noch nicht festgesetzt.

Der Hauptmann von Köpenick gestorben

w. Luxemburg, 4. Januar.

Der „Hauptmann von Köpenick", der Schuhmacher Wilhelm Voigt, ist hier, 71 Jahre alt, gestorben. Er lebte seit Jahren in der Hauptstadt des Großherzogtums und war mit einer Luxemburgerin verheiratet.

Der Dünkelsbühler Attentäter verhaftet

München, 4. Januar.

In Dünkelsbühl wurde als Bombenwerfer ein Arbeiter August Klingler überführt. Die Bombe war nicht mit einem elektrischen Leitungsdraht, sondern mit einer Zündschnur entzündet worden. Verletzt sind insgesamt 32 Personen, darunter 12 sehr schwer. Diese 12 befinden sich jedoch größtenteils auf dem Wege der Besserung. Nur einer schwebte in Lebensgefahr.

Razzien in Berlin

Berlin, 4. Januar.

Für gestern abend waren fast die gesamten Streifmannschaften und zahlreiche Beamte der Schutzpolizei zu umfangreichen Razzien unter Leitung des Kriminalkommissars Engelbrecht angesetzt. Gegen 11 Uhr begannen die Maßnahmen. Zuerst wurde überraschend in die Wartesäle des Bahnhofs Zoo und gleichzeitig in mehrere Dielen und andere Lokale eingedrungen, in denen vielfach fragwürdiges Publikum verkehrte. In mehreren Lastkraftwagen wurden zahlreiche Sistierte nach dem Polizeiamt in Charlottenburg gebracht, wo man feststellte, daß sich unter den Festgenommenen eine große Anzahl gesuchter Personen befand, die in Haft behalten wurden. Dann ging es nach dem Norden. Eine sehr große Tanzdiele und ein wenige Schritte entfernt liegendes großes Lokal wurden hier ausgehoben und die Personen in sechs Lastkraftwagen nach dem Alexanderplatz gebracht. Diesmal befanden sich unter den Personen, die die Fahrt nach dem Alexanderplatz gemacht hatten, eine ganze Reihe steckbrieflich verfolgter Personen beiderlei Geschlechts. Zwischendurch wurden im Westen noch zwei Spielklubs ausgehoben. Ein im Spielklub Betroffener wird von der englischen Behörde gesucht; auf seine Ergreifung ist eine Belohnung von 1000 Pfund (beinahe 800 000 Mark) ausgesetzt. Sodann wurden im Zentrum mehrere Lokale überraschend betreten, in denen Nachttänze und dergleichen veranstaltet wurden. Schließlich wurde in der Morgenstunde noch ein bekanntes Lokal an der Potsdamer Brücke ausgenommen, in dem bestimmt gerichtete Persönlichkeiten aus der „besseren Bevölkerung", Damen und Herren, im Weingelage schwelgten. Erst nach 6 Uhr heute früh war die Aktion beendet.

Die Schnüffelei nach Geheimorganisationen

Auf eine Anfrage der Unabhängigen im Landtag über das Bestehen von geheimen Organisationen in München ist die schriftliche Antwort erteilt worden, in der es heißt, daß dem Staatsministerium diese Tatsache bekannt sei und daß sich die betreffende Organisation auch nach Preußen hin erstreckt. Auch in Frankfurt a. M. sei eine Vereinigung festgestellt worden, die sich nationale Armee genannt habe und wahrscheinlich in losem Zusammenhange mit der Münchener Geheimorganisation gestanden habe. Sie ist aber über die ersten Anfänge nicht hinausgekommen. Es schweben noch Ermittelungen bei der Staatsanwaltschaft wegen eines eventuellen Zusammenhanges mit den Mördern Erzbergers. Die Resultate dieser Ermittelungen sind noch nicht bekannt. Bekannt ist aber, daß der Oberstaatsanwalt in Frankfurt am Main eine gerichtliche Voruntersuchung gegen folgende Personen anordnete: 1. den ehemaligen Schutzpolizeiwachtmeister in Berlin, Ernst Sanderhof, 2. den Polizeioberleutnant Arnod Siebert, 3. den Leutnant a. D. Wilhelm Heinz, 4. den Polizeiunterwachtmeister Eduard Schwertze. Der Leutnant Heinz in Frankfurt (Main) steht außerdem in Verdacht der Mitwisserschaft an der Ermordung Erzbergers.

Generaldirektor Felix Telge †

Am 3. Januar ist nach langer, schwerer Krankheit der Generaldirektor der „Deutschen Tageszeitung", Felix Telge, in Berlin gestorben. Mit ihm ist nicht nur einer der hervorragendsten Vertreter des deutschen Zeitungswesens, sondern auch einer der erfolgreichsten Vorkämpfer für die deutsche Landwirtschaft aus dem Leben geschieden. Der Name Felix Telge drang zum ersten Male in weitere Kreise der Oeffentlichkeit, als er zu Beginn der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts jenen flammenden Aufruf Ruprecht Ranserns an die deutschen Landwirte in der von ihm in Bunzlau herausgegebenen Zeitschrift „Landwirtschaftliche Tierzucht" zum Abdruck brachte, der bekanntlich zur Gründung des Bundes der Landwirte führte. Die Landwirtschaft lag in der Caprivizeit schwer darnieder, und Anklagen gegen die damalige, vom Liberalismus getragene Wirtschaftspolitik konnten zu unangenehmen Folgen führen. Da war es ein Wagnis, daß ein Verleger — Telge war der einzige in ganz Deutschland! — jenen denkwürdigen Aufruf Ruprecht Ranserns veröffentlichte. Mit dem alten Ploetz, mit Dr. Roesicke und dem Freiherrn v. Wangenheim (der im Jagow-Prozeß in Leipzig freigesprochen wurde) gründete er dann den Bund der Landwirte. Um für dessen Forderungen zur Wiedergesundung der Landwirtschaft eine öffentliche Meinung zu schaffen und die maßgebenden Stellen für die Verwirklichung derselben zu gewinnen, wurde bald darauf die „Deutsche Tageszeitung" in Berlin ins Leben gerufen. Felix Telge wurde ihr Leiter, unter dessen Sachverständnis und Weitblick sie zu mehr als einem einseitigen Instrument des Bundes der Landwirte wurde: sie gestaltete sich bald zu einem der größten und wirkungsvollsten Organe der rechtsgerichteten nationalen Kreise der Bevölkerung. Telge verstand es, stets einen Kreis der glänzendsten Namen zu ihren Mitarbeitern zu gewinnen — während des Krieges ist von ihnen besonders der bekannte Politiker und Publizist Ernst Graf zu Reventlow zu nennen, durch den sie besonders auch im Auslande an Verbreitung und nationaler Wirkung gelangte. Alles, was Telge in treuer Gemeinschaft mit dem ersten Direktor Max Tischernack und den beiden Chefredakteuren Georg Oertel und Paul Baecker zum Ausbau der „Deutschen Tageszeitung" leistete, kam ebensosehr der Landwirtschaft im besonderen wie dem nationalen Zeitungswesen und damit dem Vaterlande im allgemeinen zugute. Die Verdienste, die der hochbetagt Verstorbene sich um das Vaterland erworben hat, werden nachhaltig und bleibend sein.

h. b.

„Der Medderkoog"

55] **Schleswig-Holsteinscher Roman**

von

Henriette von Meerheimb (Margarete Gräfin von Bünau)

Helgesen sah zum Fenster hinaus. Draußen lag der Garten im blassen Licht der noch kraftlosen Februarsonne — schön wie eine Vision. Weiche Duftschleier hingen um die Kronen der Schwarztannen und die grauen, glatten Buchenstämme, deren laubloße Aeste sich wie feine braune Federn von dem mattgetönten Hintergrund abhoben. Auf den Beeten blühten die ersten Krokus hillila und goldgelb. Der lichtblaue Himmel war so sonderbar hoch und weit, und in der Ferne glänzte ein matter Silberstreifen — das Meer.

„Schleswig-Holstein meerumschlungen —"

Ein paar Gartenarbeiter sangen's. Wehmütig, tieftraurig klang es an den beiden herein.

Graf Reventlow legte die Hand über die Augen. Große Tränen liefen durch seine Finger.

Der alte Helgesen blieb eine Zeitlang stumm. Seine scharfen Augen lugten ins Weite, als sähe er am fernsten Horizont einen festen Punkt. „Alles fließt, Graf!" sagte er endlich mit seiner weichen, singenden Stimme. „Nichts bleibt, und allzu gestrenge Herren regieren nicht lange. Schleswig-Holstein wird sicher noch einmal frei vom dänischen Joch."

„Warum glauben Sie das, Helgesen?"

„Weil man nie ungestraft einem Lande sein ureigenstes Recht nimmt, in der Muttersprache beten zu dürfen. Das rächt sich immer — wenn nicht heute, dann morgen. Die Dänen sind zu übermütig — sie werden's büßen. — Auch wir Norweger sind von ihnen frei geworden. — Denken Sie an meine Worte, Graf. Sie werden noch einmal die befreite Heimat wiedersehen, wenn der alte Helgesen schon lange verfault ist. — Aber nun muß ich aufbrechen. Ich regiere ja jetzt in Schleswig."

„Ja — statt meiner!" Es lag keine Bitterkeit in Reventlows Stimme, nur eine tiefe, dumpfe Trauer. „Es ist vieles möglich in der Welt. Mein alter Helgesen ist ein berühmter Feldherr, und ich bin ein vertriebener, heimatloser Mann!"

„Ich wollt', es wäre anders, Graf. Sie behielten Ihr Johannisberg, und ich säße in meinem Loch auf dem Medderkoog und dressierte meine Fischotter wie früher. — Ehe ich abreite, möchte ich aber noch Gräfin Lisa sehen — darf ich?"

„Warum nicht. Aber ob sie sehr freundlich sein wird, kann ich nicht versprechen. Die Jugend ist fanatisch. Rantzau hat seinen Abschied erhalten — das trifft das junge Paar natürlich hart. Er ist jetzt bei uns in sehr niedergeschlagener Stimmung." —

Das Brautpaar saß nebeneinander auf Lisas kleinem Sofa. Rantzau sah sehr ernst, Lisa verweint aus.

Ihre Augen begegneten denen des eintretenden Helgesen mit finsteren Blicken.

„Gräfin Lisa —" fing der stockend an.

Aber sie schüttelte ablehnend den Kopf. „Ich kann Sie nicht begrüßen, Helgesen", sagte sie mit kurzem Aufschluchzen. „Denn Sie sind mit schuld, daß unser schönes Heer aufgelöst, so viele Offiziere verabschiedet worden sind. — Vater, Otto sagt, wir könnten nicht heiraten, er sei ganz mittellos und nicht imstande, einen anderen Beruf zu ergreifen."

„Wie kann ich Lisa zumuten, solch ungewisses Schicksal zu teilen?" meinte Rantzau niedergeschlagen.

„Wärest du nicht schleswig-holsteinscher Leutnant a. D., lieber Junge, so würde ich sagen, sei kein Esel!" fuhr der alte Graf fort.

Diese derbe Antwort erinnerte Helgesen lebhaft an frühere Zeiten. Er schmunzelte.

„In Preußen nimmt man die verabschiedeten schleswig-holsteinschen Offiziere gewiß an", fuhr Graf Reventlow nach einigem Nachdenken fort. „Ich werde sofort Schritte deswegen tun. — Hör' jetzt auf mit dem Geflenn, Lisa, dazu ist keine Zeit. Jetzt gilt's die Ohren steif halten. Wir müssen fort von Johannisberg und uns anderswo eine Heimat suchen."

„Auch das verdanken wir den Dänen — und ihrem siegreichen Feldherrn!" Die braunen Mädchenaugen blitzten den alten Landsknecht zornig an.

„Sage dem General Helgesen freundlich Lebewohl, Lisa", bat Rantzau. „Wäre er nicht gewesen, so hätten die dänischen Truppen Johannisberg ebenso verwüstet, wie sie es mit den Besitzungen des Herzogs von Augustenburg gemacht haben."

Aber sie schüttelte störrisch den Kopf.

Der alte Helgesen nickte traurig vor sich hin. „Das ist beinahe schlimmer als eine verlorene Schlacht", brummte er, „daß die kleine Gräfin Lisa nichts mehr von mir wissen will"

Nach kurzem Händedruck mit dem alten Grafen und Rantzau ging er zur Tür und langsam zum Hause hinaus. Er hatte schon den Fuß im Bügel, als er seinen Namen rufen hörte.

Lisa kam die Treppe heruntergelaufen auf ihn zu.

Er zog den Fuß schnell wieder heraus und faßte die kleinen Hände, die sie ihm hinhielt. Sein Gesicht wurde ganz hell.

„Helgesen, ich vergaß ja, daß Sie damals in Fridericio meinen Bräutigam befreiten! Ich hab' Sie also doch noch gern — trotz alledem!" flüsterte Lisa.

Der Alte zog ihre Hände an seine Lippen. „Liebe kleine Lisa!" sagte er gerührt.

Langsam ritt er zum Hofe hinaus und wandte noch oft den Kopf zurück.

Lisa sah ihm nach, bis der Reiter hinter der Lindenallee verschwand.

Im Hausflur begegnete ihr die ganz verstört aussehende Jungfer. „Die Gräfin ist verschwunden!" stotterte sie.

Lisa erschrak. Sie glaubte die Mutter schlafend und hatte dem Mädchen befohlen, die Kranke nicht zu verlassen.

„Frau Gräfin schickte mich fort", klagte die Jungfer. „Ich habe schon das ganze Haus abgesucht."

Lisa stürzte zu ihrem Vater und meldete ihm das Verschwinden der Mutter mit bitteren Selbstvorwürfen.

Graf Reventlow bewahrte seine Ruhe, um die Tochter nicht noch mehr aufzuregen. „Ich gehe selbst sofort nach dem Medderkoog hinaus", erklärte er nach kurzem Besinnen. „Die Mutter hat ja Tag und Nacht nach ihrem Fiekchen gejammert. Wahrscheinlich ist sie bei ihr."

„Nimm mich mit, Vater!" bat Lisa.

„Nein, du mußt hierbleiben, Kind. Eines von uns muß anwesend sein — im Falle ihr doch ein Unglück zugestoßen sein sollte."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192201051-19/fragment/page=0002

Par nobile fratrum

Unter dieser Ueberschrift lesen wir im „Berl. Lok.-Anzeiger":

Die Lorbeeren des Herrn Giesberts lassen seinen Kollegen Dr. Hermes oder wenigstens die ihm unterstellte Verwaltung der deutschen Zollämter nicht schlafen. Hand in Hand arbeiten beide Reichsbehörden an der Erdrosselung des geistigen Verkehrs. Die ungeheure Steigerung der Portosätze scheint ihnen diesen Zweck noch nicht hinreichend zu erfüllen, und so hat man darüber nachgedacht, wie man einen Zoll auf die bisher zollfreien Geistesprodukte legen kann. Gestern ging unserem Haus ein Manuskript aus Oesterreich zu, das, wie ausdrücklich erlaubt, im offenen Kuvert als Drucksache übersandt war. Es war vollkommen richtig frankiert; man verlangte trotzdem von uns für die Auslieferung des Briefes eine Gebühr von einer Mark. Der Briefbote wußte nichts anderes zu sagen, als daß diese Gebühr für das Zollamt zu zahlen sei. Da für Manuskripte bis jetzt kein Zoll bezahlt worden ist, wiesen wir die Sendung zurück und verlangten durch den Briefträger Aufklärung. Wir erhielten darauf das Manuskript zum zweitenmal mit der erstaunlichen Erklärung zugesandt, daß die Zollämter jetzt dafür, daß sie sich der Mühe unterzögen, die als Drucksachen bezeichneten Sendungen aus dem Auslande zu öffnen und festzustellen, ob sie keine zu verzollenden Waren enthielten, eine Gebühr von einer Mark verlangten. Selbstverständlich haben wir diese Gebühr nicht bezahlt, sondern das Manuskript zurückgehen lassen. Die Post soll doch an ihrem eigenen Leibe erfahren, daß sie sich durch solche Hilfeleistungen bei widerrechtlichen Verfügungen anderer Reichsbehörden nur unnütze Arbeit macht und ihren Zweck nicht erreicht. Denn das Zollamt wird diesen auf Umwegen erhobenen Zoll auf Geistesware nicht erhalten. Der Post aber werden aus dieser Hilfeleistung die doppelten Kosten und die doppelte Arbeit erwachsen.

Wir bringen diesen Fall zur öffentlichen Kenntnis, weil es wirklich im höchsten Grade empörend ist, welche Anforderungen unsere Behörden jetzt an die Geduld der Steuerzahler und insbesondere an die der Zeitungen stellen.

Heinrich v. Tiedemann-Seeheim †

Der Major a. D. und Rittergutsbesitzer Heinrich von Tiedemann-Seeheim ist im 70. Lebensjahre zu Berlin nach kurzer schwerer Krankheit am Nachmittag des 2. Januar verschieden.

Mit ihm ist einer der tüchtigsten Landwirte, einer der tatkräftigsten Förderer unserer einstigen Ostmark und einer ihrer treuesten Söhne dahingegangen. Am 22. Oktober 1843 zu Dembogorsch in Westpreußen auf dem Gut seiner Eltern geboren, quittierte er als Hauptmann den Dienst, um sich ganz der Landwirtschaft zu widmen. Ohne einen Abgeordnetensitz zu begehren, wurde er Führer der deutschen Männer, die dem Vordringen der großpolnischen Bestrebungen und der polnischen Umtriebe in den Ostmarken der preußischen Monarchie Einhalt gebieten, und das schon zur Zeit des Altreichskanzlers, seinem Meister und Lehrer. Bismarcks Nachfolger durchkreuzte diese Bestrebungen, bis Kaiser Wilhelm II. 1894, verstimmt über gegen ihn versuchte polnische Untreue, im September 1894 sehr bestimmt den deutschen Charakter der Provinz Westpreußen betonte und von den preußischen Polen forderte, sich als preußische Untertanen zu fühlen. Am 8. November 1894 wurde von Heinrich von Tiedemann in Gemeinschaft mit dem Landesökonomierat Kennemann und Dr. von Hansemann der Deutsche Ostmarkenverein gegründet. Dem Heimgegangenen sei es unvergessen, daß er die großpolnische Gefahr rechtzeitig erkannt hatte, daß er bis an sein Lebensende nicht müde wurde, auf sie hinzuweisen. Seine und seiner Mitarbeiter Schuld ist es wahrlich nicht, daß unsere bedrohte Ostmark in so großem Umfange nun an die tatkräftigeren, von „Versöhnungs"politik nicht angekränkelten Polen verloren gegangen ist.

Der Fall Morvilius

Von amtlicher Seite wird eine Erklärung über das Verhältnis des Abteilungsdirektors der Reichstreuhandgesellschaft Morvilius zum Reichsschatzministerium verbreitet. Der Werdegang des betr. Herrn ward darin folgendermaßen dargestellt:

„Richtig ist, daß Morvilius am 1. Dezember 1918 in das damals ins Leben gerufene Reichsverwertungsamt eintrat. Das Reichsschatzministerium ist erst bei Bildung der ersten konstitutionellen Regierung im Februar 1919 geschaffen worden. Es ist also unsinnig, wenn behauptet wird, daß Morvilius seit Anfang 1917 im Reichsschatzministerium tätig gewesen ist. Seit dem 13. April 1915 hatte Morvilius die Stellung eines praktischen Mitarbeiters und Bureauchefs bei einem angesehenen, öffentlich angestellten und beeidigten Bücherrevisor zu Berlin inne. In dieser Stellung wurde Morvilius als Vertreter seines Chefs als Revisor und Organisator in die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft delegiert, wo er, wie die vorliegenden Bestätigungen ergeben, in jeder Beziehung Tüchtiges leistete und sich größtes Vertrauen zu gewinnen vermochte. Morvilius wurde ferner während des Krieges mit Organisations- und Revisionsaufträgen zu verschiedenen Rechtsstellen entsandt, wo er ebenfalls laut vorliegender Bestätigung Hervorragendes geleistet hat. Als das Reichsverwertungsamt gebildet wurde, um die gewaltigen Vorräte an Heeresgut zu erfassen und zu verwerten, bewarb Morvilius sich um eine Stellung in diesem Amt und wurde von dem damaligen Leiter eingestellt, weil er überaus günstige Zeugnisse und Empfehlungen aufweisen konnte.

Am 1. April 1920 übernahm die Reichstreuhandgesellschaft die Aufgaben des Reichsverwertungsamtes, wobei der größte Teil des im Reichsverwertungsamt beschäftigten Personals übernommen wurde.

Weiter wird dann festgestellt, daß Morvilius sich in seinem Posten außerordentlich bewährt habe, aber nach dem Bekanntwerden seiner anrüchigen Privatverhältnisse sofort vom Dienst suspendiert worden ist."

Wir vermissen in dieser Erklärung leider eine sehr notwendige klare Darlegung über die in der Oeffentlichkeit aufgestellte Behauptung, das Privatleben Morvilius sei bereits vor längerer Zeit zur Kenntnis seiner vorgesetzten Behörde gebracht, von dieser aber nichts daraufhin veranlaßt worden.

Die Witwe des Grafen Zeppelin †. In Stuttgart starb am 2. Januar die Witwe des Grafen Ferdinand von Zeppelin, des Erfinders des lenkbaren Luftschiffes, eine geborene Freiin von Wolff, im Alter von 75 Jahren. Sie hatte sich 1869 mit dem Grafen vermählt und mit ihm bis zu seinem Tode im Jahre 1917 Glück und Unglück geteilt; sie war eine Frau, deren Wesen Bismarcks, Gattin Johanna von Puttkamer, glich.

Die landwirtschaftliche Woche in Bayern. Der Klub der bayerischen Landwirte wird in der Zeit vom 24. bis 27. Januar in München eine landwirtschaftliche Woche veranstalten, an der auch zahlreiche andere landwirtschaftliche Vereinigungen teilnehmen werden, so der bayerische Saatzuchtverein, der Verein zur Förderung der Grünlandwirtschaft in Bayern, der bayerische Grundbesitzerverband und der bayerische Waldbesitzerverband.

Stadtverordneter Friesland abberufen. Wie wir kürzlich mitteilten, hatte die kommunistische Zentrale gegen ihren früheren Generalsekretär Friesland (Ernst Reuter) ein hochnotpeinliches Verfahren eingeleitet und ihn bis auf weiteres kaltgestellt. Jetzt hat sie noch ein übriges getan, indem Friesland auch seines Berliner Stadtverordnetenmandats für verlustig erklärt wurde. Die „Rote Fahne" teilt dies ihren Lesern in folgender Form mit: „In der letzten Zentralvorstandssitzung von Berlin-Brandenburg wurde mit allen gegen zwei Stimmen bei zwei Enthaltungen beschlossen, den Stadtverordneten Friesland (Ernst Reuter) aus dem Stadtparlament abzuberufen, da seine Haltung, insbesondere seine Broschüre sowie sein mit Braß und Malzahn verfaßter Aufruf die Organisation veranlassen anzunehmen, daß Friesland im Stadtparlament gegen seine eigene Partei sprechen könnte. Die Rücktrittserklärung ist an die Stadtverordnetenvorsteher eingesandt worden und gleichzeitig Friesland, die Fraktion sowie die Reichszentrale davon benachrichtigt worden."

Halle und Umgebung

Halle, 5. Januar.

Das Wetter im Januar

Wird man aus dem bisherigen Verlauf des Winters Schlüsse ziehen dürfen, so ist nicht allzuviel Hoffnung vorhanden, daß der Neumond am Jahresende eine besonders kräftige Wirkung ausüben wird. Immerhin wird man mit einer Milderung der Kälte rechnen dürfen, die aber schon sehr bald wieder anziehen kann und im weiteren Verlauf, namentlich nach dem letzten Viertel (6. Januar) sich zu einer strengeren Frostperiode auswachsen dürfte. Hochstand am 11. und Vollmond am 13. Januar brechen im allgemeinen früher oder später nach vorausgehenden stärkeren Schneefällen diese Frostperiode, wenn auch nicht gesagt werden kann, in welchem Maße dieses geschehen wird. In der Regel schafft sich der Witterungsumschlag erst ein bis zwei Tage nach dem Vollmond volle Geltung. Gelingt es jedoch auch bei dieser Mondstellung dem ozeanisch-äquatorialen Luftstrom nicht, die kalte polare Festlandluft zum Weichen zu bringen, und hält die Kälte in Nordwestdeutschland über den dritten Tag nach dem Vollmond hinaus stand, so wird man sich weiterhin wieder auf eine dauerhafte Frostperiode gefaßt machen müssen. Kommt es dagegen der Regel gemäß zu einem Brechen des Frostes, so ist doch, zumal wenn der Winter auch fernerhin den strengen Charakter beibehält, mit dem er sich eingeführt hat, nur mit einer verhältnismäßig nicht allzu lange dauernden Unterbrechung des Frostes zu rechnen, da der jetzt schon wieder auf absteigender Bahn gegen Süden sich bewegende Mond der kalten Polarströmung bald wieder Ueberdruck geben wird. Setzt die Kälte, wie zu erwarten, nach der durch den Hochstand und Vollmond herbeigeführten Unterbrechung wieder ein, so ist besonders nach dem letzten Viertel (20.) und mit dem ihm folgenden Tiefstand des Mondes (24.) eine weitere Verschärfung des Frostes zu erwarten. Der auf den 28. Januar fallende Neumond gibt wieder die Möglichkeit, daß der warme Luftstrom über dem Ozean sich ostwärts verlagert und auf dem Festlande die Kälte zum Weichen bringt oder doch erheblich mildert. Dabei sind zeitweilig stärkere Schneefälle zu erwarten.

Die Ausdehnung der Grippe in Halle

Die Grippeerkrankungen, die jetzt in ganz Deutschland auftreten, haben in den letzten Tagen nach beginnendem Abflauen wieder größeren Umfang angenommen. Die Erkrankungen sind, wie uns von ärztlicher Seite berichtet wird, nicht so schwer, wie man sie aus den Jahren 1917 und 1918 kennt, wohl eine Folge der besseren Ernährung.

Interessant für die Steigerung der Krankheit sind die Ziffern, die die Ortskrankenkasse verzeichnet hat. Etwa am 27. Dezember begann ein fühlbares Steigern der Erkrankungen, es waren damals ungefähr 6 Prozent der Krankmeldungen Grippefälle. Doch schon in den folgenden Tagen stieg der Prozentsatz auf 12, dann auf 20 und zeigte am 3. Januar die außerordentliche Höhe von 52 Prozent. Die Steigerung scheint nach den gestrigen Krankmeldungen nicht nachgelassen zu haben. Im ganzen sind bei der Ortskrankenkasse bis zum 3. Januar 766 Grippeerkrankungen angemeldet worden, wovon auf den 2. und 3. Januar allein 245 fallen. Todesfälle sind noch nicht zu verzeichnen gewesen.

Stillegung des Speditionsgewerbes

Die Streikenden verhindern Zuzug von außerhalb.

Es ist den streikenden Möbelpackern gelungen, auch die bisher noch arbeitenden Kollegen in den Streik zu zwingen, so daß das ganze Möbeltransportgewerbe in Halle zurzeit ruht. Die Ausständigen verlangen einen Stundenlohn von 18 Mk., den sie durch ihren Verband den Spediteuren unterbreitet haben, welche natürlich auf dieser Basis mit den Streikenden nicht verhandeln können. Nach auswärts gehende Möbelwagen wurden von den Spediteuren abgefertigt.

Wie die Streikleitung bekannt macht, wollen die Arbeiter an ihren Forderungen festhalten. Sie rufen die übrige Arbeiterschaft auf, Zuzug nach Halle unter allen Umständen zu unterbinden, jegliche Streikarbeit abzulehnen und die Streikenden auf jede Weise zu unterstützen.

Der Bahnunfall bei Teutschenthal

Verschulden durch den Bahnhofsdienst.

Strafkammer, Halle (Saale).

Dem Schrankenwärter Karl Bock in Amsdorf ist ein großes Glück widerfahren, er wurde von der Anklage, am 28. Juli 1921 durch Fahrlässigkeit den Tod eines Menschen herbeigeführt zu haben, auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

Der Angeklagte wurde 1915 aus dem Militärdienste entlassen, weil ihm im Kriege der rechte Arm zerschossen war. Er trug dann als Arbeiter zur Eisenbahn über, wurde zum Schrankenwärter ausgebildet und erhielt dann das Bahnwärterhäuschen Nr. 13 bei Oberröblingen als Dienstraum überwiesen. Am genannten Tage hatte der Angeklagte seine achtstündige Dienstzeit fast hinter sich und sollte um 2 Uhr abgelöst werden. Gegen ½2 Uhr mittags kam von Oberröblingen eine Rangierlokomotive, weshalb die Schranke geschlossen wurde. Bei dem Wärterhäuschen geht die Chaussee von Wansleben nach Amsdorf über die Bahn, und vor der heruntergelassenen Schranke mußten sowohl die Fuhrwerke als auch die Fußgänger halt machen. Zu der angegebenen Zeit stand nun auf beiden Seiten der Bahn ein Fuhrwerk, und als nach der Durchfahrt der Lokomotive der Bahnwärter die Schranken wieder in die Höhe gezogen hatte, fuhren die beiden Fuhrwerke über die Bahn. Das eine Fuhrwerk kam ungefährdet hinüber, das andere, dem Gutsbesitzer Kilian gehörige, wurde aber von dem aus Halle kommenden D-Zuge erfaßt und zertrümmert, wobei der Führer des Wagens zu Tode kam. An diesem Wagen hatte ein Mann seinen Handwagen angehängt, der glücklicherweise das Herannahen des D-Zuges bemerkt hatte, seinen Handwagen noch rechtzeitig losmachen konnte und dadurch dem Tode entging.

Die Anklage legte dem Bock nun zur Last, er habe die Schranke zum Durchlassen des D-Zuges nicht geschlossen, wogegen Bock geltend machte, daß zu der Zeit weder das Streckenläutewerk noch das Annäherungssignal ertönt sei. Das Streckenläutewerk ertönt jeweils etwa 8 Minuten vor der Durchfahrt eines Zuges, so daß dann die Schranke geschlossen werden muß; das Annäherungssignal ertönte nicht, weil es nicht in Ordnung war, das Streckenläutewerk war überhaupt nicht von der vorherigen Station in Bewegung gesetzt, wie von drei der geladenen 9 Zeugen übereinstimmend mit den Angaben des Angeklagten einwandfrei bekundet wurde. Die Schuld trifft also nicht den Angeklagten, sondern die Bahn; nachdem das Unglück geschehen war, ist dann Abhilfe geschaffen worden. Das Unglück wäre vielleicht trotz der fehlenden Signale nicht dargekommen, wenn die Bahngleise auf eine größere Entfernung hier zu übersehen wären. Die Bahn macht hier aber eine Kurve, so daß die Strecke nur auf 100 bis 150 Meter zu überblicken ist, und dazu versperrt noch eine Hecke und ein Sandberg die Aussicht. Nachträglich ist auch die Hecke beschnitten worden. Kommt der Zug hier in Sicht, so könnte bei seiner schnellen Fahrt ein Unglück auch dann nicht mehr verhindert werden, wenn der Bahnwärter dann erst die Schranke schließen wollte. Die Schuld liegt ganz zweifellos am Bahnhof Teutschenthal, von wo das Läutesignal nicht gegeben wurde. Ein Zeuge bekundete, er habe sofort nach dem Unfall nach Teutschenthal gesprochen, daß kein Läutesignal gegeben sei, er habe darauf aber keine Antwort erhalten.

Das Gericht kam zu der Ueberzeugung, daß den Angeklagten kein Verschulden treffe und sprach ihn frei. Dieser Freispruch ist deshalb für Bock von der größten Wichtigkeit, weil er nun von der Bahn wieder eingestellt werden muß, nachdem er nach dem Unglücksfall sofort entlassen worden war.

— **Geschlossene Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte.** Wegen Bearbeitung der laufenden Teuerungszuschüsse für Kriegshinterbliebene und Altrentnerinnen bleibt die amtliche Fürsorge für Kriegshinterbliebene, Kl. Steinstr. 8, 8 Tr., im Monat Januar bis auf weiteres für den Publikumverkehr nur für die dringendsten Fälle geöffnet, da es sonst unmöglich ist, allen Empfangsberechtigten die Teuerungsbeihilfe rechtzeitig zuzustellen.

— **Tarifverhandlungen im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.** Im „Stadtschützenhause" zu Halle fanden am Dienstag und Mittwoch zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues Verhandlungen über die Neugestaltung des Manteltarifes statt. Bekanntlich ist der am 17. April 1920 erstmalig abgeschlossene Tarifvertrag am 31. Dezember v. J. durch Tarifkündigung abgelaufen. Da die Verhandlungen am Mittwoch abend noch andauerten, können wir über das Ergebnis heute noch nicht berichten.

— **Hallescher Ausschuß für Leibesübungen.** Donnerstag, den 5. Januar, abends 8¼ Uhr Sitzung des Vorstandes der Kommissionen und des Arbeitsausschusses im „St. Nikolaus", Zimmer 10.

— **Von der Straßenbahn angefahren** wurde gestern ein Herr in der Magdeburger Straße. Er kam mit leichten Hautabschürfungen davon und konnte seinen Weg nach Hause ohne Hilfe fortsetzen.

Familien-Nachrichten

— **Verlobung:** Charlotte Brömme mit Rudolf Kempf.

— **Vermählung:** Dr. med. Gustav Salisch mit Anne Zeiß.

— **Todesfälle:** Hermann Laute (81 Jahre). — Auguste Meyer geb. Mittich (45 Jahre). — Minna Salewitz geb. Schoof (40 Jahre). — Elisabeth Elle (28 Jahre). — Anna Albert geb. Seige (70 Jahre). — Elise Kieling, geb. Auff (68 Jahre). — Auguste Schiller geb. Schuster. (63 Jahre)

Aus Mitteldeutschland

Radikale Abhilfe der Wohnungsnot

In der Stadtverordnetensitzung der Stadt Zella-Mehlis (Sachsen-Gotha), in welcher die radikale Linke über die Mehrheit verfügt, wurde ein Antrag gestellt, der Stadtrat solle diejenigen zur Miete wohnenden Einwohner, welche über die nötigen Mittel verfügen, ersuchen, sich ein eigenes Haus zu bauen. Als hierzu in der Lage sollen alle diejenigen angesehen werden, welche über die bisher aus staatlichen und städtischen Mitteln gewährten Zuschüsse ungefähr 28 000 Mk. verfügen, oder welche ein Einkommen von mehr als 3600 Mk. haben. Ferner soll die thüringische Regierung ersucht werden, bei der Reichsregierung anzuregen, daß Mietern mit derartigem Vermögen bzw. Einkommen keine Wohnungen mehr vermietet werden dürfen und daß ihnen mit einjähriger Frist gekündigt wird. Sie sollen dadurch gezwungen werden, sich selbst ein Haus zu bauen. Die Anträge wurden angenommen.

— **Gerstungen i. Th.,** 4. Jan. (Die neuen Ueberholungsgleisanlagen) auf Bahnhof Wommen, die einen Kostenaufwand von mehreren Millionen Mark erforderten, sind soweit fertiggestellt, daß sie in kurzem in Betrieb genommen werden können. Durch diese neuen Gleise soll der Zugverkehr auf der Hauptstrecke Eisenach—Gerstungen—Bebra wesentlich beschleunigt werden.

— **Dessau,** 4. Jan. (Einrichtung einer Zollabfertigung.) Wie die anhaltische Gesandtschaft in Berlin der hiesigen Handelskammer mitteilt, ist mit Bestimmtheit auf die Einrichtung einer Zollabfertigung auf dem Dessauer Güterbahnhof zu rechnen. Die Einrichtung soll erfolgen mit der Beendigung des Neubaues des vor einiger Zeit zum größten Teil abgebrannten Güterbahnhofes. Damit wird ein langgehegter Wunsch der hiesigen Handels- und Industriekreise in Erfüllung gehen.

— **Naumburg,** 4. Januar. (Der neue Intendant der Naumburger Schaubühne.) Die Generalversammlung der Naumburger Schaubühne wählte Kapellmeister L'Hermet aus Leipzig zum Intendanten der Schaubühne als Nachfolger von Erich Eleinbus. L'Hermet hat im Herbst das Naumburger Musikfest geleitet.

— **Zittau,** 4. Januar. (Im Silvesterrausch.) Am Silvesterabend wurde ein Landstreicher in betrunkenem Zustande eingeliefert und zum Ausschlafen seines schweren Rausches in der Zelle der Polizeiwache untergebracht. In den frühen Morgenstunden gesellten sich dazu ein Friseurgehilfe und ein Zimmergeselle, die dem Silvester mehr als reichlichen Tribut gezollt hatten und nicht in der Lage waren, ihre Heimstätte zu finden. Als sie jedoch aus ihrem Rausche erwachten, bemerkten sie zu ihrem großen Schrecken, daß sie neben einem Toten lagen. Der Wandersmann hatte seine Augen für immer geschlossen. Er war ein gewohnheitsmäßiger Trinker; der übermäßige Alkoholgenuß hatte eine Herzschwäche hervorgerufen und seinem Leben ein vorzeitiges Ende gesetzt. — Ein tragischer Vorfall hat sich hier in der Silvesternacht abgespielt. Ein junger Mann aus Görsdorf i. V., dem der Sturm den Hut vom Kopfe gerissen und in einen Garten getrieben hatte, wurde vom Besitzer des Gartens in den Unterleib geschossen und lebensgefährlich verletzt. Es besteht keine Hoffnung, ihm das Leben zu erhalten. Der Besitzer hat den jungen Mann für einen Einbrecher gehalten.

— **Leipzig,** 4. Januar. (Ein würdiges Ortsoberhaupt.) Mit rund 1¼ Millionen Mark durchgebrannt ist 87 Jahre alte Gemeindevorsteher Heinrich Max Brunow aus Lockstedt bei Leipzig. Der Ungetreue, der aus Schellenberg bei Chemnitz stammt, hat die große Summe unterschlagen und ist seit Silvester flüchtig. Er wird auch in Berlin gesucht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192201051-19/fragment/page=0003

Volkswirtschaftlicher Teil der „Halleschen Zeitung"

Die Kaliindustrie 1921

Die Konzernbildung

(Nach dem Bericht der Gebr. Dammann, Hannover.)

Daß die Konzernbildung in der Kali-Industrie weitere Fortschritte machte, kann nicht wundernehmen, da erst sie die Möglichkeit gibt, durch Vereinheitlichung der Verwaltungen, ferner durch gemeinsame billige Materialbeschaffung, Quotenaustausch, Fabrikgemeinschaft usw. auch kaufmännisch alle sich aus dem Zusammenschluß ergebenden Vorteile restlos auszuschöpfen. Die Industrie ist damit allerdings auf den Weg einer gänzlichen Vertrustung geraten. Wenn auch die Gefahren dieser Entwicklung durchaus nicht verkannt werden dürfen, so treten sie doch namentlich in Ansehung der gesetzlichen Sicherungen hinter dem zwingenden Gebot zurück, die deutsche Kaliindustrie, deren nationale Monopolstellung durch den Krieg durchbrochen wurde, durch höchste Wirtschaftlichkeit wettbewerbsfähig zu erhalten. Diesmal war es die Gruppe Burbach-Krügershall, die in der Ausdehnung ihrer Interessensphäre die größte Aktivität und Energie an den Tag legte. Sie erwarb den entscheidenden Einfluß auf Wittekind (Justus) — Carlshall — Ellers und schließlich auch noch durch Uebernahme von 2000 Kuxen die Vorherrschaft im Volkenroda-Konzern, der seinerzeit zu Anfang des Jahres sich noch Wilhelmshall-Oelsburg angegliedert hatte. Die so vergrößerte Burbach-Gruppe umfaßt 20 Werke mit 9 Chlorkaliumfabriken und einer Quotenmacht von 86 Tausendstel und ist damit in die Reihe der Großkonzerne, und zwar an die dritte Stelle getreten.

An deren Spitze steht nach wie vor der Deutsche Kaliwerke-Konzern mit 30 Schachtanlagen, 10 Fabriken und einer Beteiligung von rund 155 Tausendstel. Dieser Konzern beschränkte sich zwar in diesem Jahre nur auf den Erwerb der Kuxenmehrheit der Gewerkschaft Großherzog Wilhelm Ernst, sein Ausdehnungsdrang erscheint aber damit noch längst nicht beendet.

Die zweite Stelle nimmt der Wintershall-Alexandershall-Konzern mit 28 Anlagen, 10 Fabriken und einer Beteiligung von rund 143 Tausendstel ein. Die hier gegen das Vorjahr eingetretene Machteinbuße ist darauf zurückzuführen, daß diese Gruppe sich ihres Einflusses auf die bereits genannte Gewerkschaft Großherzog Wilhelm Ernst begab, ein Vorgang, der seinerzeit viel von sich reden machte. Dieser Konzern, dessen Gefüge im Laufe dieses Jahres durch Umtauschangebote, die den Minoritätsgewerken von Alexandershall, Sachsen-Weimar usw. unterbreitet wurden, noch eine bemerkenswerte Festigung erfuhr, steht jedoch im Begriff, das Versäumte nachzuholen. Welche weitausschauende Pläne er noch verfolgt, beweist die Gründung einer besonderen mit 150 Millionen Mark Kapital ausgestatteten Aktiengesellschaft, die einer weiteren Ausdehnung den Boden bereiten soll. Der ursprüngliche Plan, die Gewerkschaft Wintershall selbst in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln, wurde fallen gelassen. Es ist vielmehr noch in Erwägung gezogen, die Kuxe durch Teilung beweglicher zu machen, um auch hierdurch eine geeignete Handhabe für eine noch engere Zusammenfassung der im Konzern vereinigten Interessen zu bekommen.

Recht geschickt folgte auch die Gewerkschaft Neustaßfurt dem Zuge der Zeit. Als Eigentümerin der Aktienmehrheit der Kaliwerke Friedrichshall machte sie zunächst diese Gesellschaft zur Trägerin ihrer gesamten Interessen dadurch, daß die Aktiengesellschaft Friedrichshall unter entsprechender Erhöhung ihres Aktienkapitals im Wege eines Umtauschanerbietens nahezu sämtliche Neustaßfurt-Kuxe in ihren Besitz brachte. Die hierdurch freigewordenen eigenen Friedrichshallaktien verwandte sie alsdann zum Erwerb des Kaliwerkes Wendland, womit sie gleichzeitig auch den beherrschenden Einfluß auf das Kaliwerk Teutonia, sowie auf Ilsenburg und Centrum gewann. Mit dieser Transaktion wurde also sowohl die Basis für weitere Ausdehnungsmöglichkeiten geschaffen, als auch der Wunsch maßgebender Gewerkenkreise erfüllt, an Stelle des unteilbaren „schweren" Kuxes beweglichere und leichter umsetzbare Papiere in die Hand zu bekommen. Daß hierbei auch den gefühlsmäßigen Momenten Rechnung getragen wurde, indem der Name der altehrwürdigen Gewerkschaft Neustaßfurt durch eine entsprechende Firmenänderung bei Friedrichshall wieder erscheint, sei nebenbei bemerkt.

Von wichtigeren Transaktionen auf diesem Gebiete seien sonst noch erwähnt: der Uebergang der Dreiviertelmehrheit aller Kuxe der anhaltischen Gewerkschaften Anhalt und Ilberstedt aus dem Besitz der Concordia, chemische Fabriken A.-G. an die Kaliwerke Ronnenberg, sowie der Erwerb von 351 Hope-Kuxen durch die Gewerkschaft Glückauf-Sondershausen, die damit in den Adlerkaliwerke-Konzern, wenn auch nicht maßgebend, eindrang. Die letzthin vielerörterten Pläne über einen Zusammenschluß des Gumpel-Konzerns mit der Westeregeln-Gruppe unter Einbeziehung der Heldburg A.-G., deren Aktien-Majorität auf die Gumpel-Werke übergegangen ist, stießen in letzter Stunde auf Schwierigkeiten, dürften aber wohl nach der einen oder anderen Seite weiter verfolgt werden. Jedenfalls deuten alle Anzeichen darauf hin, daß die Konzentrationsbewegung auch dem neuen Jahre ihren Stempel aufdrücken wird.

Die Kohlenförderung in Preußen in den ersten drei Vierteljahren

Der „Reichsanzeiger" bringt eine Zusammenstellung der Kohlenförderung in Preußen in den ersten drei Vierteljahren 1921. Danach wurden insgesamt in Preußen an Steinkohlen gefördert im ersten Vierteljahre 34,2 Mill. To., im zweiten 29,8 Mill. To., im dritten 32,9 Mill. To., zusammen 97 Mill. To.. Der Rückgang im zweiten Vierteljahre ist hauptsächlich auf die oberschlesischen Unruhen zurückzuführen, zum Teil auch auf die Frühjahrsunruhen im Rheingebiet. Den weitaus größten Anteil an der Steinkohlenproduktion hat, wie das Schaubild zeigt, der Bezirk Niederrhein-Westfalen. Im Schaubild ist hier der Platzersparnis wegen der Stab kurz hinter der Mitte umgebogen und zurückgeführt. Es fehlt vollkommen im Schaubild die verhältnismäßig geringe Erzeugung von Löbejün, die sich in diesem Maßstabe überhaupt nicht ausdrücken ließ. Sie beträgt im ersten Vierteljahre 0,01 Mill. To., im zweiten 0,009 Mill. To., im dritten 0,01 Mill. To.

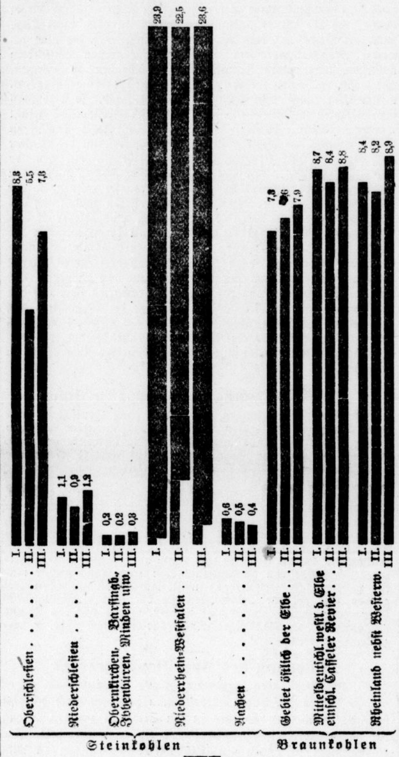
An Braunkohle wurden in Preußen gefördert: im ersten Vierteljahre 24,6 Mill. To., im zweiten 24,5 Mill. To., im dritten 25,7 Mill. To., d. i. zusammen 74,8 Mill. To. Der weitaus größte Teil der Braunkohle wurde im Tagebau gefördert (von 74,8 Mill. To. rund 66 Mill. To.

Die Zahl der betriebenen Werke hat sich fast in allen Wirtschaftsgebieten vermehrt; ein Rückgang ist im mitteldeutschen Gebiete westlich der Elbe einschließlich des Kasseler Reviers zu verzeichnen, wo die Zahl von 167 Werken im ersten Vierteljahr, auf 161 im zweiten und 158 im dritten Vierteljahre zurückging.

Die Zahl der Beamten und Vollarbeiter hat im Steinkohlenbergbau im Durchschnitt im zweiten Vierteljahr einen Rückgang gegenüber dem ersten zu verzeichnen, dem im dritten Vierteljahre eine Annäherung an den ursprünglichen Stand wieder folgt. Es waren beschäftigt im ersten Vierteljahre [illegible] 158, im zweiten 722 029, im dritten 753 558 Mann. Ein dauerndes Sinken der Zahl der Beschäftigten ist zu verzeichnen im Aachener Gebiete, ein dauerndes Steigen im niederrheinisch-westfälischen Gebiete und dem Gebiete von Obernkirchen, Barsinghausen, Ibbenbüren, Minden usw.. Löbejün hat nach einem kleinen Abstieg im zweiten Vierteljahr einen verhältnismäßig starken Anstieg im dritten aufzuweisen. Die Zahlen lauten für die drei Vierteljahre: 266, 258, 317. Hier dürfte das Hinzutreten eines zweiten Werkes im dritten Vierteljahr der Anlaß zur Vermehrung der Belegschaft gewesen sein. Ober- und Niederschlesien weisen einen verhältnismäßig starken Rückgang der Belegschaftszahlen im zweiten Vierteljahre auf, der durch die Zunahme im dritten Vierteljahre nicht ganz ausgeglichen wird. Im Braunkohlenbergbau zeigen sämtliche drei Wirtschaftsgebiete eine abnehmende Tendenz der Belegschaft. Für alle drei Gebiete lauten die Zahlen in den drei Vierteljahren 139 094, 136 122, 132 611. Die Bewegung in den einzelnen Gebieten gibt folgende Tabelle wieder:

Bezirk	1. Viertelj.	2. Viertelj.	3. Viertelj.
Gebiet östlich der Elbe	48 260	48 267	47 588
Mitteldeutschland westlich der Elbe einschließlich Kassel . . .	62 014	50 612	58 452
Rheinland nebst Westerwald . .	28 810	28 243	26 571

Von allen Beamten und Arbeitern waren im Steinkohlenbergbau in Nebenbetrieben etwa ein Achtzehntel, im Braunkohlenbergbau etwa ein Viertel beschäftigt. Die Hälfte aller Arbeiter im Braunkohlenbergbau arbeitete in Tagebaubetrieben. Hth.



Bergbau

Ilseder Hütte Akt.-Ges. in Groß-Ilsede. Die Gesellschaft baut zur Verbindung ihrer sämtlichen Werke, um sich von der Staatsbahn unabhängig zu machen, ein vollständiges Bahnnetz. Eine Bahnlinie führt von Ilsede zu den Tagebauten von Adenstedt, eine andere Bahnlinie von Broistedt nach Salzgitter wird das neu aufgeschlossene Erzgebiet bei Kniestedt mit dem Salzwerk in Peine verbinden. Diese Bahn soll dann weiter ausgebaut werden, so daß eine Verbindung zwischen Peine und Goslar hergestellt wird.

w. **Die Deutsche Petroleum-Aktien-Gesellschaft** steht der Gründung der vor kurzem in Berlin mit einem Kapital von 50 Millionen Mark errichteten Deutschen Bergbau-Aktien-Gesellschaft nahe. Die neue Gesellschaft hat sich bereits ein großes Braunkohlenvorkommen gesichert, das sie von der Stadtgemeinde Dresden übernimmt, wogegen diese einen Posten Aktien der Gesellschaft erwirbt. Die Führung des so entstehenden gemischtwirtschaftlichen Unternehmens liegt bei der Deutschen Petroleum-Aktiengesellschaft. Dem Aufsichtsrat werden neben Vertretern der Deutschen Petroleum-Aktien-Gesellschaft und der Stadt Dresden auch eine Reihe von Sachverständigen angehören.

Kaliwerke Aschersleben. Die außerordentliche Generalversammlung beschloß die Umwandlung von 7 000 000 Mark Vorzugsaktien in Stammaktien, die unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts von einem Bankkonsortium zu 100 Prozent gezeichnet und zwecks Beteiligung an anderen Kaliunternehmungen zur Verfügung des Vorstandes und Aufsichtsrates gehalten werden sollen. Sie beschloß ferner das Aktienkapital von 77 000 000 Mk. auf 84 000 000 Mk. durch Ausgabe von 7 000 000 neuen, auf den Namen lautenden Vorzugsaktien an Stelle der in Stammaktien umzuwandelnden bisherigen Vorzugsaktien zu erhöhen. Sie nehmen vom 1. Januar 1922 ab an der Dividende teil, werden zu 107 Proz. an die Besitzer der bisherigen Vorzugsaktien begeben und mit 25 Prozent eingezahlt. Bei Rückzahlung sind die Vorzugsaktien mit 120 Prozent einzulösen und bis zu diesem Betrage auch bei Liquidation der Gesellschaft aus der Masse vorweg zu befriedigen. Sie haben achtfaches Stimmrecht erhalten, von dem jeweiligen Jahresgewinn immer nur höchstens 6 Prozent, haben aber Anrecht auf Nachzahlung rückständig gebliebener Dividenden. Ueber die Lage der Kali-Industrie im allgemeinen und die der Gesellschaft im besonderen berichtete das Vorstandsmitglied Bergrat Zirkler, daß sich jene wesentlich besser angelassen habe, als man noch im Sommer v. J. erwarten durfte. Der Absatz habe sich in erfreulicher Weise gehoben, und zwar nicht nur im Inlande, sondern auch nach dem Auslande. Gegenwärtig werde dieser gute Geschäftsgang leider durch Wagenmangel und die damit in Zusammenhang stehende schlechte Kohlenbelieferung beeinträchtigt. Das Werk Aschersleben hat allerdings hierunter nicht zu leiden, da es über eigene Braunkohlengruben verfügt, wohl aber mußte die Gewerkschaft Sollstedt wegen Kohlenmangels im Dezember einige Tage feiern. In der letzten Zeit konnten auch mit anderen Absatzgebieten des Auslandes Geschäftsverbindungen angeknüpft werden. Es kann daher heute die Gesamtlage der Kali-Industrie erheblich freundlicher als vor einem halben Jahre beurteilt werden, und dies werde natürlich auch den Abschluß der Gesellschaft günstig beeinflussen. Für 1920 wurden 10 Prozent verteilt.

Geldmarkt und Banken

w. **Einziehung ungestempelter Noten der Oesterreich-Ungarischen Bank.** Die Liquidatoren der Oesterreich-Ungarischen Bank in Wien haben genehmigt, daß etwa noch im reichsdeutschen Gebiet befindliche ungestempelte Noten der Oesterreich-Ungarischen Bank (alte Kronennoten) unter den Voraussetzungen der Bekanntmachung vom 28. Juni 1921 (Reichsanzeiger Nr. 152) zwecks Anmeldung zur Liquidationsmasse entgegengenommen werden, falls die Einreichung der Noten unter genauer Beachtung der in der Bekanntmachung gegebenen Bestimmungen, insbesondere hinsichtlich der Trennung nach Sorten und Ausgabeterminen unverzüglich bei dem Deutsch-Oesterr.-Ungarischen Wirtschaftsverband, Berlin. Am Karlsbad 16, erfolgt. Die vorgeschriebenen Vordrucke sind bei dem Deutsch-Oesterr.-Ungarischen Wirtschaftsverband erhältlich.

tu. **Die Spar- und Gewerbebank zu Leipzig** konnte am 1. Jan. ihr 50jähriges Jubiläum feiern. Mit einem bescheidenen Betriebskapital von nur 8700 Mark gegründet, steigerte sich das Betriebskapital bis zum Jahre 1921 auf über 10 000 000 Mark.

Bank für Thüringen, vormals B. M. Strupp A.-G. in Meiningen. Das Institut pachtete das Hotel Wünscher in Gotha zwecks Errichtung einer neuen Filiale.

w. **Die Ostbank für Handel und Gewerbe** eröffnete in Pillau eine Depositenkasse.

Berufsjubiläum. Am 5. Januar begeht Herr Geheimrat Franz Paufler, Direktor der Diskonto-Gesellschaft, Filiale Dessau, sein 50jähriges Berufsjubiläum.

Börsenberichte

w. **Börsenstimmungsbild.** Die französischen Zeitungsstimmen haben die Hoffnungen, die man hier auf die Konferenz von Cannes setzte, etwas herabgedrückt und im Zusammenhang damit nahm die Aufwärtsbewegung der ausländischen Devisenkurse ihren langsamen Fortgang. Angebot für ausländische Zahlungsmittel fehlte, während allseitig zu kaufen gesucht wurde. Auch aus dem Auslande, nämlich aus Italien und den Balkanstaaten, sollen Kaufaufträge vorgelegen haben. Der Dollar stieg auf 191. Die Umsätze hielten sich unter den gegebenen Umständen in ziemlich engen Grenzen. Polnische Noten erfuhren eine nicht unwesentliche Besserung. Die Effektenhändler zeigten eine durchaus feste Stimmung. Durchweg zeigte sich Kauflust und man sieht für morgen einer kräftigen Aufwärtsbewegung an der Wertpapierbörse entgegen.

Produktenbericht. Berlin, 4. Januar. Niedrigere amerikanische Preise für Mais ermöglichen trotz des Steigens der Devisenkurse ein regeres Importgeschäft für diesen Artikel. Mais wird namentlich in schnell erhältlicher Ware von Brennereien verlangt. Roggen war stark begehrt und erzielte bei geringem Angebot aus dem Inlande höhere Preise. Das Gleiche gilt für Weizen. Gerste blieb ruhig. Die Tendenz war für Hafer auf Abladung fest. Im Konsumgeschäft kam es aber zu größeren Umsätzen nicht, da die geforderten Preise nicht bewilligt wurden. Hülsenfrüchte waren mehr beachtet, man ist aber nicht gewillt, die sehr hohen Preisforderungen für Speisehülsenfrüchte zu bewilligen. Futterhülsenfrüchte sind etwas mehr, zum Teil in alter Ware angeboten, aber auch diese wurden noch im Preise gehalten. Oelsaaten hatten ruhiges Geschäft. Weizenmehl begegnete guter Kauflust. Kleie war an den Konsum leicht verkäuflich. Futterstoffe hatten feste Tendenz.

Berliner Produktenmarktpreise.

Berlin, 4. Januar.

Amtliche Notierungen **für 1 Zentner** ab Station

Weizen, märk., 380—388, schles. —,—, fest.
Roggen, märk. 307—312, westpr. 305—307, fest.
Wintergerste —, Sommergerste 365—377, fest.
Hafer, märk. 292—296, schles. 290—293, fest.
Mais, la Plata prompt 32[illegible], ohne Prov.-Ang. prompt 303—304, Januar 296—298, Februar 287—290, ab Hamburg, fest.
Weizenmehl, 960—1075, feinstes darüber, beh. Roggenmehl 730—810 (je 2 Z.), still.
Weizenkleie 195—200, behauptet. Roggenkleie 200, fester.
Raps 580—590, fester. Leinsaat 590—600, still.

Victoriaerbsen	410—430	Lupinen, blaue	240—245
Kleine Speiseerbsen	340—360	Lupinen, gelbe	260—265
Futtererbsen	290—310	Rapskuchen	260—270
Peluschken	—	Leinkuchen	375—380
Wicken	430—450	Serradella	425—435
Ackerbohnen	290—310	Trockenschnitzel	180—185

Nichtamtliche Rauhfutter-Notierungen. Großhandelspreise.

Weizen- und Roggenstroh drahtgepreßt 33—35.
Haferstroh drahtgepreßt 42—44. Stroh seilgebündelt —.
Langstroh seilgebündelt 30—33.
Wiesenheu, gut, gesund und trocken, 105—112. gesund und trocken (Nachmahd) 93—98. Kleeheu —

Berliner Metallnotierungen.

Berlin, 4. Januar. Preise für 100 kg in Mark.

Raffinade-Kupfer 99—99,3 %	5400/5450	Zinn (Banca-Straits-Austral)	13900/14000
Orig.-Hütt.-Weichblei	2050/2100	Hüttenz.(mind.99%)	13600/13700
Orig.-Hütten-Rohzink im freien Verkehr	2200/2250	Reinnickel (98-99%)	12000
Remelted-Platt.-Zink	1625/1675	Antimon (Regulus)	2075/2125
Orig.-Hütten-Alumin. 98-99% (in gekerbten Blöckchen)	/8300	Silber in Barren, ca 900 fein für 1 kg	3700/3725
Orig.-Hütten-Alumin. (in Walzdraht od. Drahtb.)	/8500	Elektrolytkupfer p. 100 kg	5969
		Original-Hütten-Rohzink ab oberschl. Hütte Preis des Zinkhüttenverb.	2156

Devisen-Notierungen

Berlin, 4. Januar.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amstd.-Rottd.	7042,95	7057,05	New-York	193,30	193,50
Buenos Aires	64,15	64,35	Paris	1543,45	1546,55
Brüss.-Antwerp.	1478,50	1481,50	Schweiz	3726,25	3733,75
Christiania	3001,95	3008,05	Spanien	2867,10	2872,90
Kopenhagen	3816,15	3823,85	Oesterr. abgest.	6,68	6,72
Stockholm	4755,20	4764,80	Prag	306,65	307,35
Helsingfors	366,60	367,40	Budapest	31,56	31,64
Italien	809,15	810,85	Bulgarien	135,35	135,65
London	809,15	810,85	Poln. Mark	6,82½	—,—

Hauptschriftleiter Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten Ernst Messerschmidt; den volkswirtschaftlichen Teil: Hermann Hutf; für Kommunalpolitik, lokale Nachrichten und Sport: Hans Helling; für die Abteilung Kunst, Wissenschaft und Unterhaltung, sowie den übrigen unpolitischen Teil: Erich Sellheim. — Für den Anzeigenteil: Paul Kersten, sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Halleschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192201051-19/fragment/page=0004